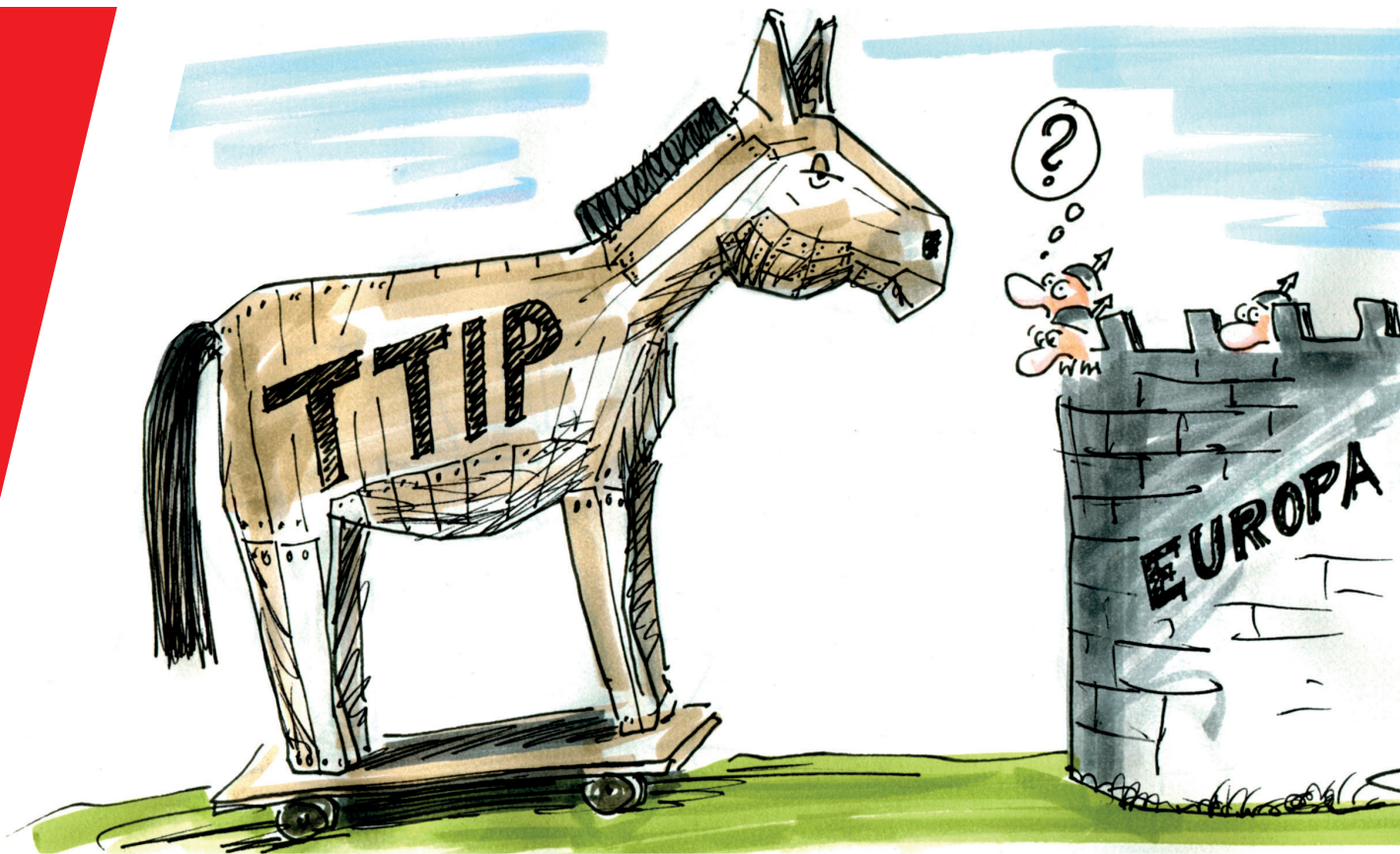


// UNTERRICHTSMATERIAL //



Das Handelsabkommen TTIP – Pro und Contra

Unterrichtsmaterial für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II

2

Worum es geht

Die Abkürzung TTIP (gesprochen: Ti-Tipp) steht für einen Vertrag, der den Handel zwischen der Europäischen Union und den USA fördern soll. Die vier Buchstaben bedeuten „Transatlantic Trade and Investment Partnership“. Auf Deutsch: „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft“. Im Juli 2013 begannen die Verhandlungen zwischen Europäischer Kommission und der US-amerikanischen Regierung. Was von dem geplanten Abkommen zu halten ist, darüber herrscht Streit.

Pro

„TTIP ist gut, auch für Deutschland“, betonen die Befürworter des Abkommens. Sie versprechen, dass TTIP die Exporte in die USA ankurbeln wird. Dadurch entstehen zusätzliche Arbeitsplätze in der EU. Auch die europäischen Verbraucher werden profitieren – durch mehr Auswahl beim Einkaufen und niedrigere Preise.

Contra

„TTIP bedeutet mehr Macht für Konzerne“, sagen die Gegnerinnen und Gegner. Sie bezweifeln, dass der Handelsvertrag viele neue Jobs bringt. Stattdessen gehen Arbeitnehmerrechte und Verbraucherschutz verloren. Parlamente verlieren Möglichkeiten, Regeln für die Wirtschaft aufzustellen.

Aufgabe 1. Welche Waren verkaufen US-Firmen bei uns? Welche US-Produkte gibt es in Deutschland nicht – oder nur zu weit höheren Preisen als in den USA?

This image shows a single sheet of white paper with horizontal blue or grey ruling lines, typical of notebook paper. The lines are evenly spaced and run across the width of the page. There is no handwriting or other markings on the paper.

Freihandel

Ein kurzer Rückblick: Wer im 18. Jahrhundert Getreide nach England einführte, musste extrem hohe Zölle bezahlen. Eine Art Steuer, zu zahlen an den englischen Staat. Das machte Getreide aus Frankreich oder Preußen so teuer, dass sich ein Export nach England nicht lohnte. „Weg mit den Zöllen“, forderten deshalb einige Wirtschaftsgelehrte.

Pro

Von den Getreidezöllen im 18. Jahrhundert profitierte nur eine Gruppe - die englischen Händler, die vor ausländischer Konkurrenz geschützt blieben und weiterhin überhöhte Preise kassieren konnten. Wer arm war, konnte sich kein Getreide leisten und hungerte. Freihandel sorgt dafür, dass Zölle abgeschafft oder zumindest gesenkt werden. Dann haben ausländische Händler mehr Möglichkeiten, ihre Waren jenseits der Grenzen anzubieten. Das Angebot steigt, die Preise sinken, mehr Menschen können sich die Ware leisten. Freihandel sorgt also dafür, dass der Wohlstand für viele Menschen zunimmt.

Weil TTIP den Freihandel ausbaut, könnten allein in der EU 400.000 neue Arbeitsplätze entstehen, davon bis zu 110.000 in Deutschland. Das schätzen Wirtschaftsforscher vom ifo Institut in München.

Contra

Freihandel immer und überall? Das ist falsch. Es gibt gute Gründe, Zölle zu erheben. Etwa dann, wenn ein Land wirtschaftlich unterentwickelt ist. Dann muss es die Möglichkeit haben, sich vor Importen aus dem wirtschaftlich stärkeren Ausland zu schützen, zumindest vorübergehend. Sonst hat die eigene, aufkeimende Wirtschaft keine Chance, sich zu entwickeln. Länder wie Japan und Südkorea nutzten nach dem Zweiten Weltkrieg solche „Schutzmauern“ für ihre Industrie, um den Rückstand zu den westlichen Industrieländern zu verringern. Freihandel heute hat beispielsweise zur Folge, dass Entwicklungsländer mit Waren aus dem Westen geflutet werden – zum Schaden der Wirtschaft in afrikanischen oder armen asiatischen Ländern.

Und was ist mit zusätzlichen Arbeitsplätzen? „Schaut, was die Freihandelszone zwischen USA, Kanada und Mexiko gebracht hat“, betonen TTIP-Kritiker. Diese Freihandelszone wurde 1994 durch das NAFTA-Abkommen geschaffen. Laut Public Citizen, einer US-amerikanischen Verbraucherorganisation, gingen durch NAFTA eine Million Jobs in den USA verloren. Die Löhne in den USA und in Mexiko sanken.

Selbst TTIP-Befürworter räumen ein: Das Abkommen führt womöglich in jenen Ländern, die außerhalb der neugeschaffenen Freihandelszone liegen, zur Entlassung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Weil diese Länder künftig weniger Chancen haben, ihre Waren in Amerika oder Europa zu verkaufen. Allein US-amerikanische Chemie-Unternehmen zahlen pro Jahr Zölle im Wert von 900 Millionen Euro an die EU. Wenn diese Einnahmen wegfallen, hat die EU weniger Geld zur Verfügung – etwa für soziale Aufgaben.

Aufgabe 2. Bilden Sie zwei Arbeitsgruppen. Die erste Gruppe bringt Argumente für Freihandel, die zweite Gruppe vertritt die Gegner des Freihandels. Beide Gruppen treten im Diskussions-Wettstreit gegeneinander an.

4 DAS HANDELSABKOMMEN TTIP – PRO UND CONTRA

„Non-tarifäre Handelshemmnisse“

„Non-tarifär“ bedeutet „nicht-geldlich“. Mit „non-tarifären Handelshemmnissen“ sind staatliche Vorschriften gemeint, die ein Unternehmen einhalten muss, wenn es seine Waren im Ausland verkaufen will.

Pro

Diese Vorschriften wirken wie Zölle – und sollten, wo immer es sinnvoll ist, beseitigt werden. Da will zum Beispiel ein US-Automobilhersteller seine PKW in Deutschland, Belgien und Italien verkaufen. Er muss dann darauf achten, daß seine Fahrzeuge nicht nur US-Vorschriften zur Verkehrssicherheit erfüllen, sondern auch die entsprechenden EU-Regeln. „Das ist überflüssig“, sagen TTIP-Befürworter. „Denn amerikanische Autos fahren genauso zuverlässig und sicher wie deutsche oder französische.“ In der EU gilt beispielsweise die Vorschrift, dass der Seitenspiegel am Auto einklappbar ist. In den USA gibt es diese Vorschrift nicht. Amerikanische Hersteller sind also gezwungen, ihre Fahrzeuge für den Export nachzurüsten. Das kostet Geld – folglich steigt der Preis für US-Autos in der EU. Das TTIP-Abkommen zielt darauf, dass US-Regierung und EU-Kommission ihre jeweiligen Standards als gleichwertig anerkennen. Dann sinken die Preise für einen Chrysler oder Dodge, der in einem EU-Mitgliedsland verkauft wird. Zur Freude der Verbraucher. Auch der US-Hersteller profitiert – weil seine Produkte in der EU weniger kosten, kann er mehr verkaufen. Umgekehrt erhalten auch deutsche, spanische oder britische Firmen die Möglichkeit, ihre Waren in den USA günstiger anzubieten.

Contra

Frauen und Männer in Gewerkschaften, Betriebsräten oder Umweltschutz-Organisationen warnen: TTIP kann zur Folge haben, dass staatliche Vorschriften zum Schutz von Arbeitnehmern oder der Umwelt als „non-tarifäre Handelshemmnisse“ eingestuft werden. Nehmen wir an, ein US-Unternehmen eröffnet in Deutschland eine Fabrik. Dann muss das Unternehmen auch die Arbeitnehmer-Rechte, die in Deutschland gelten, einhalten. In Deutschland haben die Beschäftigten das Recht, einer Gewerkschaft beizutreten und mit den Arbeitgebern über Löhne und Arbeitsbedingungen zu verhandeln, um Tarifverträge abzuschließen. In den USA gelten diese Rechte nur eingeschränkt. Warum? Weil sich die USA weigern, grundlegende Arbeitnehmerrechte, die von der Internationalen Arbeitsorganisation ILO aufgestellt wurden, in nationale Gesetze zu gießen. Die ILO ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen. In den USA gibt es folglich weder das gesetzlich verankerte Recht, Gewerkschaften zu gründen noch das Recht, Tarifverträge mit den Arbeitgebern auszuhandeln. Wo es keine Gewerkschaften gibt, können die Unternehmer ihre Interessen leichter durchsetzen. Sie behalten dann einen höheren Anteil ihrer Gewinne für sich. Anders formuliert: Das Recht, Gewerkschaften zu bilden und Tarifverhandlungen zu führen, mindert den Gewinn – und kann deshalb als „Handelshemmnis“ eingestuft werden. Nächstes Beispiel: Hat eine Agrarfirma ein Lebensmittel gentechnisch verändert, so muss in der EU ein entsprechender Hinweis auf der Verpackung stehen. In den USA besteht diese Vorschrift nicht. TTIP könnte US-Herstellern also das Recht einräumen, Gen-Mais und andere Agrarprodukte ohne Kennzeichnung in europäischen Supermärkten zu verkaufen.

Aufgabe 3. Überlegen Sie in Arbeitsgruppen: Welche Ziele verfolgt der Staat, wenn er Vorschriften für den Schutz von Arbeitnehmern, von Verbrauchern, für Gesundheit oder Umweltschutz festlegt? Diskutieren Sie diese Ziele.

TTIP erfasst auch Dienstleistungen

EU und US-Regierung planen mit Hilfe des neuen Abkommens, auch den Handel mit Dienstleistungen zu vereinfachen. Dienstleistungen sind zum Beispiel das, was Internetfirmen wie Google oder Facebook ihren Kunden verkaufen, also vor allem Werbeangebote, exakt zugeschnitten auf den jeweiligen User. Aber auch Banken, Versicherungen oder Rechtsanwälte bieten Dienstleistungen an.

Pro

Wenn „Handelshemmnisse“ auch für Dienstleistungen beseitigt werden, ist das gut für die Wirtschaft in den USA und in der Europäischen Union. Deutsche oder französische Banken wünschen sich beispielsweise, dass TTIP die „Handelshemmnisse“ auf dem US-Markt beseitigt. Damit sie dort einfacher Geschäfte machen können.

Das Handelsabkommen gilt nur für Dienstleistungen, die von privaten Unternehmen unter marktwirtschaftlichen Bedingungen angeboten werden. Außen vor bleiben Dienstleistungen, die der Staat außerhalb des Marktes für alle Bürgerinnen und Bürger bereitstellt. Gemeint sind „Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge“, etwa die Versorgung mit Wasser und Strom, Abfallwirtschaft, Schulbildung, medizinische Grundversorgung, öffentlicher Personennahverkehr, öffentlich-rechtlicher Rundfunk.

Contra

Viele staatliche Vorschriften für private Dienstleistungen, die für Qualität, Verbraucherschutz oder Datenschutz sorgen, geraten unter Druck. Außerdem ist offen, ob staatliche Dienstleistungen geschützt bleiben. Nehmen wir die Abfallwirtschaft. Die EU plant, das Trennen von Müll zu fördern. Dazu will sie das Entsorgen von bestimmten Abfällen auf der Deponie verbieten. Gut möglich, dass dieses Verbot durch TTIP als „Handelshemmnis“ eingestuft wird. Weil dieses Verbot privaten US-Firmen, die in der EU Mülldeponien betreiben wollen, das Geschäft verdirbt.

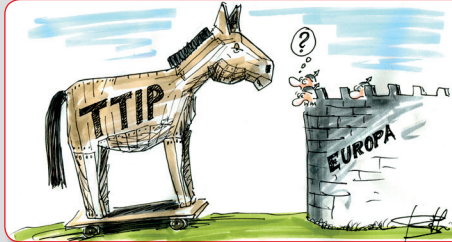
Außerdem lässt sich nicht immer genau sagen, wo die Trennlinie zwischen staatlich und privat verläuft. Beispiel städtisches Krankenhaus: Dort sind Ärztinnen und Pfleger noch beim Staat angestellt. Die Beschäftigten in der Wäscherei, der Küche und an der Pforte arbeiten jedoch häufig bei privaten Firmen. Angenommen, das Krankenhaus sucht einen neuen Betreiber für die Wäscherei. Dann erlaubt TTIP womöglich, dass eine Billiglohn-Firma aus den USA den Zuschlag erhält. Deutsche Unternehmen erhalten also weniger Aufträge – und müssen Beschäftigte entlassen.

Aufgabe 4. Recherchieren Sie, welche Dienstleistungen an Ihrer Schule bereits von privaten Firmen erbracht werden. Überlegen Sie: Welche Dienstleistungen rund um Schule und Unterricht könnten in Zukunft privatisiert werden? Diskutieren Sie mögliche Folgen durch Freihandel bei Dienstleistungen.

This image shows a single sheet of white paper with horizontal blue ruling lines. The lines are evenly spaced and run across the width of the page. On the left side, there is a vertical red margin line. The top-left corner of the paper is rounded. There are no markings, text, or drawings on the paper.

6 DAS HANDELSABKOMMEN TTIP – PRO UND CONTRA

Aufgabe 5. Welche Aussage ist richtig? (Nur eine!) Glaubt man der folgenden Karikatur, so handelt es sich beim TTIP-Vertrag um...



- a) ein übergroßes Holzspielzeug.
- b) eine geheime Strategie, um die europäischen Märkte zu erobern.
- c) eine Sache, die Europas Mauern nicht überwinden kann.
- d) eine Angelegenheit, die in Europa nur Rätselraten auslöst.

Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS)

Das TTIP-Abkommen will auch dafür sorgen, dass Unternehmen, die im Ausland Geld investieren, zusätzliche Rechte erhalten. Sogenannte Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) sind geplant.

Pro

Diese Schiedsverfahren verschaffen den Firmen im Gastland zusätzliche Sicherheit. Die Unternehmen erhalten das Recht, die Regierung des Gastlandes vor einem solchen Schiedsgericht auf Schadenersatz zu verklagen. Zum Beispiel dann, wenn das Gastland eine Fabrik des ausländischen Unternehmens verstaatlicht. Dann gehört die Fabrik dem Staat, das Unternehmen verliert das investierte Geld. Auf Schadenersatz kann auch dann geklagt werden, wenn ein neues Gesetz dafür sorgt, dass das ausländische Unternehmen neue Auflagen erfüllen muss – und dadurch weniger Gewinn macht. Schiedsgerichte für Investoren gibt es in vielen Ländern und seit vielen Jahren. Bereits 1959 unterzeichnete die Bundesrepublik Deutschland einen Investitionsschutzvertrag mit Pakistan.

Contra

Warum brauchen wir Sondergerichte für Konzerne? Wenn sich ein ausländisches Unternehmen ungerecht behandelt fühlt, kann es doch ein bestehendes Gericht anrufen. Sowohl die EU-Mitgliedstaaten als auch die USA besitzen ein funktionierendes Rechtswesen. Die TTIP-Gegnerinnen kritisieren zudem, dass ISDS-Verfahren nicht öffentlich sind. Und: Was ein derartiges Schiedsgericht beschließt, gilt. Eine Berufung wie vor einem ordentlichen Gericht ist nicht möglich. Nach einem Gutachten, das die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung in Auftrag gab, sind die geplanten ISDS sogar verfassungswidrig. Was die Bundesrepublik 1959 mit Pakistan verabredet hatte, lässt sich mit TTIP nicht vergleichen. Pakistan galt damals als Staat, der keine unabhängigen Gerichte hat. Deshalb war es notwendig, ein spezielles Investitionsschutzabkommen abzuschließen.

Aufgabe 6. Nehmen wir an, das TTIP-Abkommen ist unterschrieben. Nehmen wir weiter an, dass ein US-Bildungskonzern eine private Ganztagschule in einer süddeutschen Großstadt betreibt. Die Schulbehörde entscheidet nun, die Schule wegen fortgesetzter Qualitätsmängel zu schließen. Der US-Konzern erklärt, das sei nicht akzeptabel, die Schule entspreche US-amerikanischen Qualitätsvorschriften. Er zieht vor ein Investor-Staats-Schiedsgericht und verklagt das süddeutsche Bundesland auf Schadenersatz. Welche Argumente könnte der US-Konzern mit Blick auf TTIP vortragen?

Weiterführende Informationen

Pro

- EU-Kommission: http://ec.europa.eu/deutschland/pdf/131003_country_fiche_de.pdf
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: www.bmwi.de/DE/Themen/Aussenwirtschaft/Ttip/faqs.html
- Christlich Demokratische Union (CDU): www.cdu.de/ttip/mythen
- Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI): www.bdi.eu/TTIP_Argumente.htm
- Verband der Chemischen Industrie (VCI): <https://www.vci.de/presse/pressemitteilungen/2014-10-14-am-gesamtpaket-in-den-verhandlungen-festhalten-vci.jsp>
- Institut der deutschen Wirtschaft Köln (von Arbeitgeberverbänden finanziert): www.iwkoeln.de/de/suche?search.fulltext=TTIP

Contra

- Europäische Bürgerinitiative „Stop TTIP“: https://stop-ttip.org/de/?noredirect=de_DE
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB): www.dgb.de/search?search_text=TTIP
- Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik (zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch TTIP): <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/10969.pdf>
- Bundesverband Öffentliche Dienstleistungen (bvö), (Arbeitgeberverband): www.bvoed.de/assets/files/downloads/2014/Positionspapier%20bvoed%20TTIP%2004-06-14%20.pdf
- Deutscher Kulturrat (vertritt 236 Bundeskulturverbände und Kulturorganisationen): www.kulturrat.de/dossiers/ttip-dossier.pdf
- Education International (Weltverband der Bildungsgewerkschaften): www.ei-ie.org/en/news/news_details/3074 (auf Englisch)

Informationen zu den Handelsabkommen CETA und TISA

Pro

- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: www.bmwi.de/DE/Themen/Aussenwirtschaft/ceta.html
- EU-Kommission: http://ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/tisa/questions-and-answers/index_de.htm

Contra

- Kommunale Spitzenverbände (Punkt 6 des Gemeinsamen Positionspapiers): www.dstgb.de/dstgb/Home/Pressemeldungen/Freihandelsabkommen%3A%20Risiken%20f%C3%BCr%20Daseinsvorsorge%20ausschlie%C3%9Fen,%20Chancen%20f%C3%BCr%20mehr%20Wachstum%20nutzen/3414_Positionspapier_TTIP_Okt_2014_Presse.pdf

Impressum

GEW Hauptvorstand, Abteilungen Schule und Berufliche Bildung / Weiterbildung
 Verantwortlich: Dr. Ilka Hoffmann, Ansgar Klinger
 Reifenberger Str. 21, 60489 Frankfurt am Main
 Telefon: 069/78973-0, Fax: 069/78973-202, E-Mail: info@gew.de
www.gew.de
 Text: Matthias Holland-Letz
 Karikatur (S. 1 und 6): Stefan Roth, roth-cartoons.de
 Gestaltung: Karsten Sporleder

Februar 2015